

**Seite 1 Lastenausgleich gilt endlich in Berlin
Seit 18. Oktober in Kraft – Wann beginnen Zahlungen?**

Am 18. Oktober 1952 ist in Berlin das Lastenausgleichsgesetz in Kraft getreten. Damit ist Berlin auf dem Gebiete des Lastenausgleichs zum 1. Male mit dem Bundesgebiet gleichgestellt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes nehmen die mit der Verwaltung des Lastenausgleichsgesetzes und mit der Durchführung des Feststellungsgesetzes und des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener betreuten Behörden ihre Tätigkeit auf. Die bei den Bezirksämtern bestehenden Dienststellen für Hausrathilfe und Kriegsschäden werden damit Ausgleichsämter. Oberbehörde ist das beim Senator für Finanzen errichtete Landesausgleichsamt — bisher Landesamt für Soforthilfe —, Berlin W 30, Nürnberger Straße 53 - 55.

Das Gesetz ist im Berliner Abgeordnetenhaus von allen 3 Parteien zustimmend verabschiedet worden. Die Redner der Parteien brachten bei der Debatte im Abgeordnetenhaus zum Ausdruck, dass das Gesetz noch unzureichend sei.

Zur Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes wird ein großer Verwaltungsapparat erforderlich sein. Der Senat wird noch zahlreiche Rechtsverordnungen erlassen müssen. Die Vorbereitungen dazu sind in Bonn in enger Zusammenarbeit mit Vertretern des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses seit langem getroffen worden.

Bisher konnte noch kein Feststellungsbescheid auf Grund des Schadensfeststellungsgesetzes ausgegeben werden, da die amtlichen Formulare noch fehlen. Dies soll sich in wenigen Tagen ändern. Der Beirat beim Bundesausgleichsamt wird über die ersten Zahlungen beim Lastenausgleich beschließen. Vorgesehen ist eine Hausrathilfe in Höhe von 300 DM bis 400 DM als Vorauszahlung auf die Hausratentschädigung. Der Kreis der Berechtigten wird jedoch zunächst noch beschränkt sein und sich nach dem Einkommen, dem Alter sowie der Zahl der Kinder richten.

**Seite 1 Heimatvertriebene aus der Sowjetzone appellieren
„Gebt uns geistige und seelische Stärkung“**

Von einer illegalen Gruppe der Heimatvertriebenen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands kam dieser Tage ein Aufruf an den Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften (VdL) und Sprecher der Sudetendeutschen, Dr. Rudolf Lodgman von Auen, mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir kommen dem Wunsche dieser Gruppe nach und veröffentlichen ihren Appell an alle Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik:

Systematisch wurde von den östlichen Machthabern die Isolierung ihrer Zone von dem übrigen Deutschland durchgeführt. Besonderes Augenmerk legte man auf das Verhalten der Vertriebenen. Als die Vertriebenen in der Bundesrepublik sich in Landsmannschaften zusammenschlossen, als der Kampf um die Heimat in eine neue Phase getreten war, begann in der Sowjetzone ein Terror und eine Willkür gegen die 4 Millionen Heimatvertriebenen, wie es bisher nie gewesen war. Namen von Städten, wie Königsberg und Breslau, Reichenberg und Eger, öffentlich zu nennen, wurde bei Strafe verboten. Alle Gebiete des östlichen und südöstlichen Deutschlands, welche von der Regierung der sogenannten DDR großzügig verschenkt wurden, mussten aus der Öffentlichkeit verschwinden. Eine besonders durchdachte Ausrottung des Heimatgefühls betreibt man an den Nachkommen der Vertriebenen, an den Schulen der Sowjetzone. Eine Geschichtsfälschung größten Stils wurde fabriziert. Alle Dokumente deutscher Siedlergeschichte wurden zum Teil totgeschwiegen. Ja, man verleitet die Kinder zum Verrat an den Eltern. Viele Vertriebene in der Sowjetzone haben von der Existenz der Landsmannschaften und Vertriebenenorganisationen und deren Kampf um die Rückkehr in die alte, angestammte Heimat, keine Ahnung. Sie leben in dem Glauben, dass das begangene Unrecht von dem größten Teil der 15 Millionen Vertriebenen schon vergessen sei und verlieren so den Glauben an Recht und Gerechtigkeit.

Wir bitten Euch, Heimatvertriebene der Bundesrepublik, schließt Euch zusammen, verstärkt den Kampf für die Rückkehr in die alte Heimat, stellt die Aktionseinheit der Heimatvertriebenen her, werdet für uns zum Sprecher der Freien Welt.

Gebt uns seelische und geistige Stärkung, lasst uns wissen um den Kampf unserer Landsleute in der Bundesrepublik, deshalb gebt uns laufend und regelmäßig Rundfunksendungen über RIAS-Berlin,

welche von der Tätigkeit und dem Kampf der Landsmannschaften in der Bundesrepublik ausführlich berichten.

Dieser Appell an alle Heimatvertriebenen und Entrechteten in der Bundesrepublik Deutschland mit der Forderung auf Rundfunksendungen für die Vertriebenen in der Sowjetzone wurde verfasst im Namen der mehr als drei Millionen Heimatvertriebenen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.

Seite 1 Gruß an Ostdeutschland

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat während des CDU-Parteitages in Berlin in seiner Rede Grüße an die Deutschen, die heute noch unter unmenschlichen Bedingungen in den deutschen Provinzen jenseits von Oder und Neiße leben müssen, gerichtet. Minister Kaiser erklärte ferner, „zu einem wirklichen Frieden gehört auch die Anerkennung des Heimatrechtes im Land jenseits der Oder-Neiße-Linie“.

Ebenfalls der deutschen Brüder und Schwestern jenseits von Oder und Neiße gedachte der ehemalige DGB-Vorsitzende, Christian Fette, in seiner Ansprache auf dem DGB-Kongress in Berlin.

Seite 1 Sudetendeutsche Heimattage in Berlin

Das größte Ereignis des Jahres für die Landsmannschaft der Sudetendeutschen, die „Sudetendeutschen Heimattage“, hat am 25. und 26. Oktober in Berlin stattgefunden. Der Sprecher und Vorsitzende des Hauptvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft des Bundesgebietes, Berlins und Österreichs, Dr. Lodgman von Auen, nahm an den Heimattagen teil. Er sprach in Berlin über Heimatvertriebenenprobleme, über das staatsrechtliche Problem der Sudetendeutschen und die Stellung der Sudetendeutschen in der Sowjetzone.

Ferner nahmen an der Tagung das Hauptvorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Direktor Breuer und der Hauptgeschäftsführer, Ingenieur Schmidt, aus München, teil. Hauptjugendleiter Böse und der Landesjugendleiter der DJO in Bayern, Kukuk, kamen ebenfalls, um die Verbundenheit der gesamten sudetendeutschen Jugend und der DJO zu der Jugend in Berlin und der Sowjetzone zu unterstreichen.

Auf einer Großkundgebung sprachen der 1. Vorsitzende des BLV, Dr. Alfred Rojek, Bürgermeister Dr. Walter Schreiber und Dr. Lodman von Auen, sowie der Berliner Bundestagsabgeordnete Ernst Lemmer. Gleichzeitig nahmen Sprecher und Vertreter verschiedener Exzilgruppen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang die Sudetendeutschen Heimattage zum Anlass, um in Berlin eine Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu besprechen. Die Vertreter dieser Exzilgruppen aus Estland, Lettland, Litauen, der Tschechei und Slowakei wollen mit den Sudetendeutschen für ein freies und glückliches neues Europa, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgebaut ist, gemeinsam arbeiten. Unter den zahlreichen Grußadressen zu den Sudetendeutschen Heimattagen befand sich auch ein Schreiben des sudetendeutschen Fathers Reichenberger, an alle Heimatvertriebenen in Berlin und der Sowjetzone.

Seite 1 Der gegenwärtige Stand Von Dr. Hans Matthee, Mda

Das Lastenausgleichsgesetz vom 1. Oktober 1952 ist mit dem 18. Oktober 1952 in Berlin in Kraft getreten, nachdem es am 4. Oktober 1952 im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin verkündet worden war. Das Berliner Mantelgesetz, mit dem das Lastenausgleichsgesetz in Kraft gesetzt ist, enthält nur wenige Artikel, die jedoch nicht den materiellen Inhalt des Lastenausgleichsgesetzes berühren. Während in Artikel I bestimmt ist, dass das Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952 in Berlin (West) Anwendung findet, bestimmt Artikel II, dass der Wortlaut von Rechtsverordnungen, die auf Grund des in Artikel I genannten Gesetzes erlassen werden, im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, der Wortlaut von Verwaltungsvorschriften im Amtsblatt für Berlin veröffentlicht werden. Artikel III regelt die Bildung von Ausgleichsämtern. Danach wird bei jedem Bezirksamt ein Ausgleichsamt gebildet. Die Zahl der bei den einzelnen Ausgleichsämtern zu bildenden Ausgleichsausschüsse wird vom Senator für Finanzen unter Berücksichtigung der Zahl der im Verwaltungsbezirk wohnenden Geschädigten festgelegt. Die Beisitzer der Ausgleichsausschüsse werden von den jeweils zuständigen Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Nach Artikel IV werden für den Bereich des Landes Berlin beim Landesausgleichsamt mehrere Beschwerdeausschüsse gebildet. Um eine einheitliche Rechtsprechung zu erhalten, werden die Beschwerdeausschüsse nicht örtlich, d. h. auf die einzelnen Bezirke verteilt, sondern der Geschäftsbereich soll nach Schadensarten oder Ausgleichsleistungen abgegrenzt werden. Die Beisitzer der Beschwerdeausschüsse werden vom Abgeordnetenhaus gewählt. In Artikel V ist die

Möglichkeit zugelassen, dass der Abgabepflichtige unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt ist, die steuerliche DM-Eröffnungsbilanz bis zur Abgabe der Erklärung zur Vermögensabgabe mit Wirkung für die Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen zu ändern. Artikel VI unterbindet die ursprünglich vorgesehene Verrechnung von in der Zeit vom 1. Januar 1951 bis 31. März 1952 geschuldeten Beträge an Notabgabe von Betriebsvermögen, um so eine Schmälerung des Abgabeaufkommens zu verhindern.

In Artikel VII ist dann das Inkrafttreten des Gesetzes festgelegt.

Inzwischen sind im Bundesgebiet unter dem 8. Oktober 1952 vier Durchführungsverordnungen verkündet worden. Die erste Durchführungsverordnung regelt die Zulässigkeit der Vorausentrichtung der Vermögens-, Hypothekengewinn- und der Kreditgewinnabgabe, die zweite Durchführungsverordnung die dafür vorgesehene Ermäßigung der Abgaben; die dritte Durchführungsverordnung betrifft die Anrechnung geleisteter und nicht geleisteter Beträge, die vierte Durchführungsverordnung enthält eine Regelung bezüglich der Stellen, die von den Ländern zu der Verwaltung der Hypothekengewinnabgabe herangezogen werden. Es sollen mit dieser Aufgabe die Banken betraut werden. Diese Durchführungsverordnung weist die Besonderheit auf, dass im § 12 gesagt ist, dass die Vorschriften dieser Verordnung nicht für Fälle gelten, in denen das Grundstück im Lande Berlin gelegen ist.

Seite 2 Portrait des Monats. Prof. Ernst Otto



Professor Ernst Otto sieht man seine 75 Jahre nicht an, wenn man ihm am Katheder der Berliner Freien Universität oder vor seiner Lichterfelder Wohnung trifft. Seine Rüstigkeit verblüfft. Denn dieser mittelgroße Mann mit der randlosen Brille kann aus seinem langen Leben viel Interessantes erzählen. Aber das für uns Bemerkenswerteste ist doch die Tatsache, dass er geborener Brandenburger ist und 20 Jahre seines Schaffens in Prag, an der dortigen Universität, verbracht hat. Professor Otto darf also als ein Exponent der Verbundenheit Berlins mit dem sudetendeutschen und böhmisch-mährischen Raum bezeichnet werden.

Als er im Jahre 1925 als ordentlicher Professor der Pädagogik nach Prag berufen wurde, war er achtundvierzig Jahre. Seine sprachwissenschaftlichen und pädagogischen Arbeiten verschafften ihm, der vorher schon in Marburg als ordentlicher Honorarprofessor und in Frankfurt a. M. als Dozent tätig war, einen Ruf über die Grenzen Deutschlands.

Während seiner Prager Tätigkeit verfasste er weitere wissenschaftliche Werke, so u. a. die „Allgemeine Erziehungslehre“ und die „Allgemeine Unterrichtslehre“. Aber außerdem hatte er in enger Verbindung mit der Deutschen Universität in Prag, der Lehrerschaft, den führenden kulturellen und Wirtschaftskreisen des Deutschtums in Böhmen und Mähren und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft die Deutsche Pädagogische Akademie in Prag ins Leben gerufen. Er gründete in der Metropole an der Moldau auch die Kant-Gesellschaft, die mit der Brentano-Gesellschaft zu einem Kulturkreis eigener Prägung erweitert wurde.

Bald zählte der Deutsche Kulturverband in Böhmen-Mähren Professor Otto zu seinen aktivsten Mitgliedern. „Als Universitätsprofessor konnte man manches harte und klare Wort sagen“, meinte er lächelnd, „die Tschechen hatten eine ganz schöne Hochachtung von unserer Art Spezie“. Die lebendige sudetendeutsche Kulturarbeit regte ihn zu weiteren Arbeiten an. In den philosophischen Abhandlungen „Wirklichkeit, Sprechen und Sprachsymbolik“ ist der Einfluss des Kulturkreises um

Brehm, Kolbenheyer usw. deutlich zu spüren. 1932 wählte die philosophische Fakultät Prof. Otto zum Dekan, 1938 die Universität Prag zum Rektor. Und er blieb der letzte ordentlich gewählte Rektor dieser alten Universität. Seine braunen Nachfolger hielten nichts von Wahlen.

1945 kam er mit Frau und zwei Koffern nach Berlin und fing wieder von vorn an, wie wir alle. „Ich bin immer noch eng mit dem Sudetenraum verbunden“, sagt er uns zum Abschluss. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft dankte es ihm mit der Ehrenmitgliedschaft.

Seite 2 Erstes Öffentliches Forum der Vertriebenen

Der Lastenausgleich in Berlin und seine Mängel – Lebhaftige Diskussionen

Das Erste öffentliche Forum der Vertriebenen in Berlin, zu dem unsere Landsmannschaftszeitungen für den 16. Oktober ins „Haus der ostdeutschen Heimat“ eingeladen hatten, wurde ein voller Erfolg. Im überfüllten großen Sitzungssaal des „Hauses der ostdeutschen Heimat“ fanden sich Vertriebene aus allen Landsmannschaften zusammen, diskutierten und kritisierten das Lastenausgleichsgesetz.

Der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen (BLV), Dr. Alfred Rojek, sprach zum Thema „Wie kam es zum Lastenausgleichsgesetz?“ Dr. Matthee, der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen und Vorsitzende der Stiftung „Haus der ostdeutschen Heimat“, behandelte „die Mängel des Lastenausgleichs“.

In seinem Kurzreferat schilderte Dr. Rojek die Auswirkungen des Krieges, durch die das deutsche Volk auf zwei Drittel seines Gebietes zusammengedrängt wurde und der deutsche Staat seine Souveränität verloren hatte. Durch den Zusammenbruch 1945 sei eine Währungsreform notwendig geworden.

Die westlichen Besatzungsmächte hätten die Währungsreform geschaffen, es aber unterlassen, den Lastenausgleich zu regeln. Es wäre richtig gewesen, schon damals ein Lastenausgleichsgesetz zu schaffen. Es sei aber den Deutschen überlassen geblieben, diese schwierige Aufgabe selbst zu übernehmen. Erst als Deutschland wieder im Westen eine Regierung und ein Parlament hatte, sei es möglich gewesen, das Lastenausgleichsgesetz zu schaffen. Berlin jedoch habe zunächst außerhalb gestanden, da unsere Stadt durch Einspruch der Alliierten nicht 12. Land der Bundesrepublik gewesen sei. Berlin habe um seine Gleichberechtigung im Lastenausgleich kämpfen müssen. Als der Gesetzentwurf im Bundestag vorgelegt worden sei, sei noch der Passus enthalten gewesen „durch ein besonderes Gesetz wird bestimmt werden, inwieweit dieses Gesetz im Verhältnis zum Land Berlin und seinen Bewohnern Anwendung findet“.

Das hätte ein besonderes Lastenausgleichsgesetz für Berlin notwendig gemacht. Berlin aber hätte einen eigenen Lastenausgleichsfonds nicht ermöglichen können.

Doch sei es gelungen, Vertreter des Bundesfinanzministeriums nach Berlin zu bitten. Die Berliner Heimatvertriebenenverbände hätten sich eingeschaltet und erreicht, dass das Lastenausgleichsgesetz für das Bundesgebiet auch für Berlin Geltung erlangen sollte. Dr. Rojek stellte fest, dass es zum großen Teil Verdienst des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen (BLV) sei, wenn heute auch in Berlin das Lastenausgleichsgesetz Geltung habe.

Gesetz ist unzureichend

Dr. Matthee erklärte, das Gesetz sei unzureichend, da eine Umschichtung des Vermögens nicht erreicht werde. Doch lägen in Bonn bereits 60 Novellen vor, die von den verschiedensten Parteien dem Parlament vorgelegt wurden. Als Hauptmangel des Gesetzes bezeichnete Dr. Matthee, dass der Personenkreis, der unter den Verhältnissen am meisten leide, nicht einbegriffen sei:

Die Menschen aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor. Es sei vergeblich versucht worden, diese Frage in Bonn zu lösen.

Zu kritisieren sei auch der Stichtag des Lastenausgleichsgesetzes, der mit dem 31. Dezember 1950 eingesetzt worden sei. Derjenige Personenkreis, der nach diesem Termin nach Westberlin oder in die Bundesrepublik gekommen sei, könne dadurch im Gesetz nicht berücksichtigt werden. Man müsse verlangen, dass der Stichtag mindestens auf den 31. Dezember 1951 festgesetzt werde.

Außerdem könne die Abgabenseite stärker belastet werden. Minister Lukaschek habe selbst angedeutet, dass man das Finanzaufkommen mindestens um 500 Millionen erhöhen könne.

Berlin sei gegenüber der Bundesrepublik stark im Hintertreffen, weil dort schon seit dem 1. April 1949 das Soforthilfegesetz existiere und erhebliche Mittel an die Berechtigten ausgegeben wurden. Berlin müsse deshalb im Lastenausgleichsgesetz bevorzugt werden, damit aufgeholt werden könne, was in Westdeutschland schon gegeben worden sei.

13 Redner nehmen Stellung

Mit einer lebhaften Diskussion, an der sich 13 Redner beteiligten, wurde das Forum fortgesetzt.

Landsmann Zimmermann, Schlesien, schlug vor, beim Senat darauf hinzuwirken, dass schon im Voraus Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesausgleichsamt müsse beschließen, dass ein Vorgriff auf die Auszahlung für Berlin erfolgen könne.

Landsmann Polenz, Ostpreußen, kritisierte die Verzögerung des Lastenausgleichsgesetzes und meinte, dieses Gesetz verdiene den Namen „Lasst den Ausgleich“. Wenn, wie vorgesehen, die Länder aus ihren Steuereinnahmen zum Lastenausgleich beitragen, so bedeute das, dass die Geschädigten selbst ihren Lastenausgleich zu finanzieren hätten.

Landsmann Dietsch, Ostpreußen, erklärte, die Vertriebenen seien enttäuscht gewesen, als sie von der dreißigjährigen Laufzeit des Lastenausgleichsgesetzes hörten. Das Inkrafttreten des Lastenausgleichs sei zu spät erfolgt, denn viele alte Landsleute wüssten nicht mehr genau, was sie besessen hätten.

Landsmann Kujak, Schlesien, bezeichnete es als die größte Ungerechtigkeit, dass im Lastenausgleichsgesetz die Hausratenschädigung nach dem Einkommen von 1938/1939 oder dem damaligen Vermögensstand erfolge. Man müsse sich dafür einsetzen, dass hier eine Verbesserung erreicht werde.

Landsmann Waaga, Danzig, kritisierte die mangelhafte Heranziehung der Abgabepflicht. Es sehe so aus, als sollten die Vertriebenen die Last allein tragen. Den Ärmsten der Armen müsse sofort geholfen werden. Er fragte, was aus denen werden solle, die in ihrer Heimat keinen Besitz gehabt hätten. Jeder Geschädigte müsse so gestellt werden, dass er einigermaßen leben könne.

Frau Musolff, Danzig, setzte sich für die alten Landsleute über 70 Jahre ein, für die beschleunigt Geld bereitgestellt werden müsse.

Dr. Mathee nahm in seinem Schlusswort zu gestellten Fragen Stellung und erklärte, die Frist von 30 Jahren, die im Gesetz vorgesehen sei, laufe lediglich für die Abgabeseite. Das Lastenausgleichsgesetz erfülle nur seinen Zweck, wenn es schnell verwirklicht werde.

Seite 2 In Berlin weht andere Luft

Die Berliner, ob Heimatvertriebene oder Einheimische, hatten in den vergangenen Jahren oft Anlass, Klage zu führen. Klage darüber nämlich, dass man in Westdeutschland oft Berliner Wünsche und die Wünsche der sowjetzonalen Bevölkerung nicht tatkräftig unterstützte. Immer erst dann, wenn westdeutsche Politiker nach Berlin kamen und in dieser hart umdrängten Stadt den Problemen der gesamtdeutschen Politik unmittelbar gegenüberstanden, wenn sie in Berlin sozusagen persönlich einen Blick durch den eisernen Vorhang in die Zone der Unfreiheit tun konnten, dann gingen sie gewandelt zurück in die Bundesrepublik. Es ist gerechtfertigt, festzustellen, dass in Berlin die — um es mit einem juristischen Begriff zu sagen — Lokaltermine der gesamtdeutschen Politik, stattfanden.

Dafür gibt es viele Beispiele. Als beim großen evangelischen Kirchentag im vorigen Jahr Zehntausende von westdeutschen mit Zehntausenden von ostdeutschen Menschen zusammenkamen, da konnte man bereits am zweiten Tage Bekenntnisse hören wie: „Wir haben nur mit einem halben Ohr auf Eure Nöte in der Sowjetzone gehört, wo wir es mit dem ganzen Herzen hätten tun sollen“. Kaum ein westdeutscher Redner sprach noch von den sicher auch in Westdeutschland vorhandenen Sorgen.

Als der Bundestagsausschuss für Vertriebene in Berlin tagte, erlebten wir die Überraschung, dass er nach dreitägigen Beratungen feststellte, in der Sowjetzone dürfen sich die Vertriebenen nur „Umsiedler“ nennen, es gebe keine Vertriebenengesetzgebung usw., Dinge also, die sich in Berlin jeder seit Jahren an den Schuhsohlen abgelaufen hatte.

Die Aufzählung solcher Erkenntnisse könnte man fast beliebig fortsetzen. Der Berlinausschuss des Bundestages hat sich erst während einer Sitzung in Berlin — also während eines Lokaltermines in

Berlin — davon überzeugen lassen, dass Berlin finanzielle Zuschüsse in der Höhe, wie es der Senat gefordert hatte, braucht.

Langsam hat sich wenigstens durchgesetzt, dass deutsche Politiker in ihren Reden nicht vergessen, der Brüder und Schwestern in der Sowjetzone zu gedenken. Der etwa 300 000 Deutschen, die heute noch in den deutschen Provinzen jenseits von Oder und Neiße leben, gedachte man außerhalb der Vertriebenenverbände nicht.

Erst der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat, in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag in Berlin, Grußworte an die Deutschen jenseits von Oder und Neiße, die ein unmenschliches Dasein führen müssen, gerichtet. Außerdem hat Minister Kaiser präzise erklärt: „Zu einem wirklichen Frieden gehört auch die Anerkennung des Heimatrechtes im Land jenseits der Oder- und Neiße-Linie“. Die Heimatvertriebenen in Berlin werden ihm dafür Dank zu sagen wissen, ebenso wie sie dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden, Christian Fette, dafür danken, dass er auf dem DGB-Kongress der einzige war, der auch in seinem Grußwort die Deutschen jenseits von Oder und Neiße einschloss. Wir wollen hoffen, dass alle unsere Politiker in Zukunft auch an jene Deutschen denken, die heute unter polnischer Herrschaft leben und sich vergessen vorkommen. ba.

Seite 2 Das Erste öffentliche Forum der Vertriebenen wurde ein Erfolg. Auf Wunsch der Teilnehmer veranstalten unsere landsmannschaftlichen Zeitungen deshalb das

Zweite öffentliche Forum der Vertriebenen

Donnerstag, 13. November 1952, 19,30 Uhr, im Großen Saal des „Hauses der ostdeutschen Heimat“, Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83.

Thema: Die Schadenfeststellung

Die Kurzreferate halten:

Dr. Hans Matthee, MdA., 1. Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen: „Geht die Schadenfeststellung nicht zu vereinfachen?“

Heinrich Gutsche, 2. Vorsitzender der Landsmannschaft Ostbrandenburg-Neumark: „Muss jedes Bezirksamt eigene Richtlinien herausgeben?“

Anschließend freie Diskussion.

Kostenlose Eintrittskarten an alle Heimatvertriebenen werden in den Geschäftsstellen der Landsmannschaften abgegeben. Tel.: 92 0191.

Seite 2 Der Leser hat das Wort Kommunistische Menschlichkeit

Wie groß die Liebe und Freundschaft der beiden benachbarten „Volksdemokratien“, DDR und Tschechei in den letzten Jahren geworden ist, lässt sich an Hand von unzähligen Beispielen täglich beweisen. So ist in den hinter uns liegenden Wochen wieder einmal die Zeit der Beerenlese gewesen. Auch die Bevölkerung des Kreises Zittau sucht durch Beerenpflücken einen kleinen Ausgleich zu dem im sozialistischen Aufbau befindlichen Lande Wilhelm Piecks heute noch herrschenden Gemüse- und Obstmangel zu schaffen. Auf deutscher Seite waren die Beeren in den Wäldern bald ratzekahl gepflückt, während auf sudetendeutscher Seite das Beerenobst verdorrte. Eine in Zittau lebende Landsmännin versuchte ihr Glück im Hochwald und geriet auf tschechoslowakisches Gebiet. Sie fiel in die Hände der tschechischen Grenzpolizei, die sie nach Reichenberg ins Gefängnis schleppten, wo sie über 4 Wochen wegen unerlaubten Grenzüberganges festgesetzt wurde. In ihrer Zelle war sie mit kriminellen Elementen eingesperrt, die sie mit Vokabeln, wie „deutsche Sau“ (!) und mit anderen Freundschaftsbezeugungen bedachten und sogar anspuckten.

Die mehrmalige Beschwerde unserer Landsmännin hatte schließlich doch Erfolg, so dass sie den Rest ihrer „Strafe“ in Einzelhaft verbüßen durfte, um vor weiteren Beweisen der unlöslichen „sozialistischen Freundschaft“ verschont zu bleiben. K. L.

Wir wollen unser Recht

In der „Vertriebenen-Korrespondenz“ vom 29. September 1952 ist ein Aufsatz über „Das Glück des Redners und das Glück der Vertriebenen“ enthalten, dessen Schlussfolgerungen m. E. nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Der Verfasser bemängelt in seinen Ausführungen, dass in den Reden und Ansprachen auf den Landsmannschaftstreffen des letzten Sommers bei der Verfechtung

unseres Rechts auf die alte Heimat nicht „der rechte Ton“ gegenüber dem Ausland getroffen worden sei. Wir müssten „auf die seelische Verfassung auf der Gegenseite Rücksicht nehmen“. Demgegenüber wäre mit dem alten Sprichwort „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus“ festzustellen, dass es zu einem guten Teil ja auch von den Westmächten abhängt, wie bei uns der Ton ist. Sind sie energisch genug, unserem — auch von ihnen anerkannten — Standpunkt auf das Recht zur alten Heimat zum Durchbruch zu verhelfen, dann wird auch bei uns die Besonnenheit zweifellos die Oberhand behalten. Solange aber z.B. Exilpolen in Amerika noch so reden und schreiben dürfen, wie dies erst in letzter Zeit wieder der Fall war, solange können wir nicht die rechte Zuversicht haben, dass unser Recht von den Westmächten richtig vertreten wird. Mit schönen Worten der Zustimmung allein ist es nicht getan, es muss auch dementsprechend gehandelt werden. Im Übrigen wäre dazu nur noch zu sagen, dass wir Deutsche endlich ruhig etwas mehr Selbstbewusstsein und Rückgrat zeigen dürfen, und dass wir hierin noch sehr viel nicht nur von den dafür sprichwörtlich bekannten Engländern, sondern auch von Amerikanern, Franzosen und Italienern lernen könnten. Im Ausland wird man für eine solche selbstsichere, aber ruhige Einstellung zweifellos Verständnis haben. Das braucht nicht gleich in Radikalismus und Kriegsgeschrei auszuarten. Wir wollen letzten Endes doch nur unser Recht! D. M.

Seite 3 Kulturnachrichten Gedenkstunde für Gerhard Hauptmann

Der Senator für Volksbildung veranstaltet am Sonntag, dem 16. November 1952, um 11 Uhr, im Studentenhaus am Steinplatz, eine Matinee zum Gedenken an den schlesischen Dichter Gerhard Hauptmann.

Der Vortragende ist der schlesische Schriftsteller Dr. Gerhart Pohl.

Anlässlich des „Tages der Nation“ wurden im Rathaus Neukölln 30 Kinder durch den Bezirksstadtrat für Sozialwesen, Herrn Raddatz, betreut. Unter den 30 Kindern befanden sich 8 Heimatvertriebene, welche mit neuer Bekleidung ausgestattet wurden. Außerdem gab es Kuchen und Schokolade.

Ein Kirchenbuchamt für den Osten wurde in Hannover eingerichtet, gibt das niedersächsische Ministerium für Vertriebene bekannt. Die evangelische und katholische Kirche haben ebenfalls Kirchenbuchämter für Vertriebene in Hannover und München unter dem Namen „Kirchenbuchamt für Vertriebene“ eingerichtet.

Das Bezirksamt Wilmersdorf, Abt. Volksbildung, trägt durch Zuwendung von Freikarten an Heimatvertriebene dazu bei, die kulturelle Betreuung unserer Landsleute in Berlin zu fördern.

Eine Vortragsreihe „Unvergesslicher Deutscher Osten“ sieht der Lehrplan der Volkshochschule Zehlendorf vor. Die Landschaft und Menschen von Ostpreußen, Westpreußen, Danzig, Oder-, Warthebruch und Posen sowie Schlesien werden in Lichtbildervorträgen behandelt.

„Wirtschaftlicher Aufbau neuer Betriebe“ ist der Titel eines in der Schriftenreihe „Wege zur Rationalisierung“ neu herausgekommenen Buches. Es ist das fünfte Buch, das vom Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft verlegt wurde. Die vielfachen Ausführungen von Wirtschaftsexperten dürften auch diesem Buch denselben Erfolg bringen, wie den ersten vier.

Rest der Seite: Wer, - Wie, - Wo, - Was? Preisrätsel und Werbung

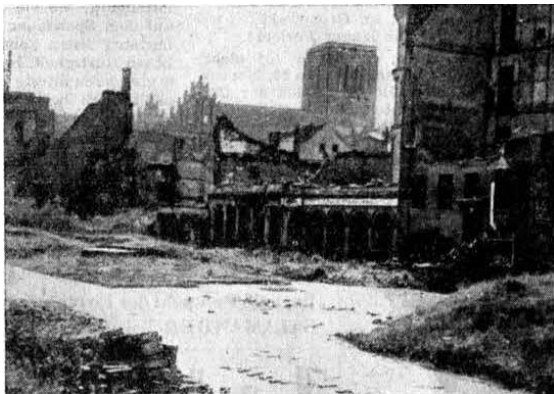
Seite 4 Wie sieht es heute in der Heimat aus? Ein Blick hinter den Eisernen Vorhang

Wie aus polnischen Quellen hervorgeht, sind die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße zu einem Lande der Zwangsarbeitslager und Gefängnisse geworden. Von insgesamt rund 30 Zwangsarbeitslagern im gesamten polnischen Herrschaftsgebiet befinden sich gegenwärtig nicht weniger als die Hälfte in Pommern, Schlesien und Ostpreußen. Von den wichtigsten 50 Gefängnissen sind 24 ebenfalls in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße gelegen. Die Gesamtzahl der Insassen der Gefängnisse und Lager wird auf 300 000 - 400 000 geschätzt

Im Gefängnis in Breslau herrschten derartige menschenunwürdige Verhältnisse, dass die Gefangenen nur durch einen Hungerstreik ihre elende Lage verbessern zu können hofften. Seitens der Gefängnisverwaltung wurde jedoch darauf mit einer Reihe von Terrormaßnahmen geantwortet, wobei einige Häftlinge getötet und eine Anzahl verletzt wurden.



Pillkallen, Ostpreußen, heute: Tilsiter Straße



Danzig heute: Fischmarkt

Seite 4 Ostpreußen ohne Leben

Verschieden sind die Menschen, die aus Ostpreußen berichten. Verschieden sind auch ihre Berichte. Nur der Inhalt von allen Berichten ist gleich. Ostpreußen, einst die Kornkammer Deutschlands, liegt brach. Selbst die polnische Presse berichtet von verödeten Bauernhöfen, schlechten Getreideernten, zerfallenden Städten. Ein Heimkehrerbericht aus Königsberg, einst eine der malerischsten Städte Deutschlands, bestätigt, was tausende vor ihm berichteten. Dreck, Schutt und Trümmer, wo früher Häuser standen, trostloses Grau anstelle von Grünanlagen. Mehr Ratten als Menschen. Die kleinen Gassen, die charakteristisch für Königsberg waren, weil es deren so viele gab, liegen still und tot wie Gräber, ein paar Deutsche soll es dazwischen noch geben, eine Handvoll Menschen, die illegal dahinvegetieren. Das Banditenunwesen steigert sich in noch nie dagewesenen Ausmaßen. Es wimmelt von Soldaten und uniformierten Beamten. Scharf ist der Kontrast zwischen den Orden behangenen Uniformen und den zerlumpte Passanten, zwischen den staatlichen Konsumläden, deren reiche Auslagen aufreizend auf hungrige Mägen wirken und deren Inhalt nur für eine bestimmte Schicht zu haben ist.

Weite Strecken des einst so fruchtbaren Landes sind seit 1945 nicht mehr bestellt worden. Die schlechte Ernte und der heruntergekommene Zustand der Felder ist hauptsächlich auf den Landarbeitermangel zurückzuführen. Die Polen haben wenig Interesse daran, ins Ungewisse, wie sie es nennen, zu ziehen. Sie sind der Meinung, lange können wir doch nicht bleiben, denn die Deutschen kommen ja einmal zurück.

Seite 4 1000 Liegnitzer Häuser werden abgebrochen

„In Liegnitz werden alle defekten Häuser abgebrochen, ca. 1000, und die Ziegel werden verladen“, heißt es in einem kürzlich aus dieser niederschlesischen Stadt eingetroffenen Brief. Neue Ziegelsteine werden nicht mehr gebrannt, denn allein 18 Ziegeleien der Umgegend sind Ruinen. Nur die Kodersdorfer Werke, Pfaffendorf und Kunitzer Weiche arbeiten noch, jedoch werden dort lediglich Dachziegel hergestellt. „Wir möchten so gerne fort von hier, denn in Liegnitz ist es nicht mehr schön, überall liegen große Dreckhaufen, auf dem Platz vor unserem Haus ist eine Schuttabladestelle“. In einem anderen Brief aus Liegnitz heißt es: „Wie Sie sehen, sind wir noch hier, aber seelisch und körperlich kaputt“. (hvp)

Seite 4 Dr. Kather legte Parteiämter nieder

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD) und Vorsitzende des vorläufigen Präsidiums des Bundes der Vertriebenen Deutschen (BVD), Bundestagsabgeordneter Dr.

Linus Kather, hat, wie die Pressestelle des ZvD/BVD meldet, dem Parteivorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einem Schreiben mitgeteilt, dass er sämtliche Parteiämter, mit Ausnahme des Bundestagsmandates, niederlege. Als Begründung führt Dr. Kather in erster Linie an, dass es die Partei trotz seiner angestrebten Bemühungen an der nötigen Aktivität zur Beschleunigung der Durchführung und Durchsetzung von Verbesserungen des Lastenausgleichsgesetzes habe fehlen lassen.

Dr. Kather hatte in der CDU folgende Ämter inne: Er war Mitglied des Vorstandes und des Parteausschusses, Vorsitzender des Bundesvertriebenenausschusses und des Landesverbandes Oder-Neiße.

Seite 4 Letzte Redaktion des Vertriebenengesetzes

Die Unterausschüsse des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene haben ihre Arbeiten an dem Gesetzentwurf zum Bundesvertriebenengesetz soweit abgeschlossen, dass die letzte Redaktion des Gesetzestextes in diesen Tagen vorgenommen werden kann. Änderungen grundsätzlicher Art sind nicht mehr zu erwarten. Damit könnte dieses, bisher schleppend behandelte Gesetz, dem Bundestagsplenum im Monat November zur zweiten und dritten Lesung vorliegen. Der beginnende Wahlkampf wird nicht ohne Einfluss auf die beschleunigte Verabschiedung dieses Gesetzes im Parlament sein. Dem Vernehmen nach sind auch von den Sozialdemokraten keine erheblichen Widerstände gegen das Gesetz mehr zu erwarten. (VK.)

Seite 4 Neue KPD-Schalmeien des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses“

Die kommunistische Tarnorganisation „Westdeutscher Flüchtlingskongress“ tagte anlässlich ihres einjährigen Bestehens in der Festhalle in Karlsruhe-Durlach. Die Veranstaltung wurde wieder von Walter Horny geleitet, der sich fälschlich als Kreisgeschäftsführer des ZvD in Büdingen ausgibt und gegen den der Landesverband Hessen deswegen eine einstweilige Verfügung erwirkt hat. Die meisten Teilnehmer wussten auch diesmal nicht, dass sie für kommunistische Zwecke missbraucht wurden.

Wie „Der Mittag“ mitteilt, gab es einen Tumult, als ein sudetendeutscher Versammlungsteilnehmer fragte, warum alle Redner nur an der Bundesrepublik, nicht aber auch an der Sowjetzone und der Sowjetunion Kritik übten. Die Taktik der Kongressleitung war getreu dem Pankower Geheimbefehl, durch aus der Luft gegriffene Unterstellungen und Verdächtigungen Zwiespalt in die Organisation der Vertriebenen zu säen, die Mitglieder von der Führung zu lösen, um dann die unberatene Masse in die Arme des Kommunismus führen zu können. Gemäß der kommunistischen Linie wurden als Lösung des Flüchtlingsproblems die Absage an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Verwendung der Besatzungskosten für Vertriebene und Gespräche mit Pankow verlangt.

Der Bonner BVD/ZvD warnt aus diesem Anlass nochmals dringend alle Vertriebenen vor den Täuschungsmanövern des Westdeutschen Flüchtlingskongresses. Dieser Kongress und sein Organ, die „Westdeutsche Flüchtlingsstimme“, werden über folgende Institutionen direkt aus Pankow geleitet:

1. Zentral-Komitee der SED in Ost-Berlin,
2. Westabteilung des Büros des Präsidiums des Nationalen Rates der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland,
3. Westdeutscher Arbeitsausschuss der Nationalen Front „W.A.A.“,
4. Arbeitsausschuss des Westdeutschen Flüchtlingsausschusses, Leitung: Walter Horny. Dieser Ausschuss wird unterstützt durch Parteivorstand, Landes- und Kreisleitung der KPD und ist korporatives Mitglied der kommunistischen „Deutschen Sammlung“, die wiederum abhängig und gesteuert ist von den unter 1. und 2. genannten Ost-Berliner Einrichtungen. VK.

Seite 4 Wichtiges in Kürze

Alle hilfsbedürftigen Heimatvertriebenen erhalten für Fahrten auf den Linienomnibussen nach Westdeutschland und zurück eine 50%ige Fahrpreisermäßigung. Bei Anträgen sind vorzulegen: Personalausweis, Heimatvertriebenenbescheinigung, Interzonenpass bzw. Quittung über den beantragten Interzonenpass und Verdienstrnachweis.

Ausführliche Auskunft über Linien, Fahrpreise und Ermäßigungen auch für die Bundesbahn erteilt allen Heimatvertriebenen kostenlos der Reisedienst des B L V, Dienststunden: Montag, Dienstag,

Donnerstag, Freitag von 9 bis 13 Uhr, und für Berufstätige außerdem Dienstag und Freitag von 18 bis 20 Uhr.

Heimatvertriebene Landwirte. Auf Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der heimatvertriebenen Landwirte (Agrar-Ausschuss des ZvD) und des Referenten für Landwirtschaft und Siedlungswesen des Bundesministeriums für Vertriebene ist auch beim Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen ein Agrar-Ausschuss gebildet worden.

Die heimatvertriebenen Landwirte aller Landsmannschaften werden gebeten, an einer ersten Versammlung am Montag, dem 3. November 1952 um 19.00 Uhr im großen Sitzungssaal des „Hauses der Ostdeutschen Heimat“, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83, teilzunehmen.

Bescheinigungen für Heimatvertriebene. Vom Senat Berlin werden die Vorarbeiten für die Ausstellung von Bescheinigungen für Heimatvertriebene (Heimatvertriebenenausweise) auf Grund des kommenden Bundesvertriebenengesetzes durchgeführt. Da die Antragsfrist für die bisher von den Sozialämtern ausgestellten Bescheinigungen abgelaufen ist, werden bis auf weiteres Neuanträge nicht bearbeitet, bis die vom Senat ausgearbeiteten Richtlinien abgelaufen sind. Es wird deshalb gebeten, von Anträgen bei den Landsmannschaften abzusehen, außer in den Fällen, in denen es sich um die Klärung der Staatsangehörigkeit für die Ausstellung von Personalausweisen handelt.

Sobald für die weitere Ausgabe von Bescheinigungen für Heimatvertriebene neue Richtlinien ergangen sind, werden diese in den „Ostdeutschen Nachrichten“ bekanntgegeben.

Versicherte der ehemaligen Provinzial-Lebensversicherungsanstalten Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern (Mecklenburg) und Brandenburg werden aufgefordert, ihre Versicherungsansprüche aus der Zeit bis 1945 anzumelden. Nähere Auskunft erteilt der Sonderbeauftragte für den Berliner Versicherungsbestand der aufgelösten öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten in Berlin W 35, Am Karlsbad 4 - 5, Fernruf 24 94 31, und der Versicherungsdienst des Berliner Landesverbandes der Heimatvertriebenen e. V. im „Haus der ostdeutschen Heimat“, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83. Bürostunden des Versicherungsdienstes: Dienstag von 17 - 20 Uhr und Donnerstag von 9 - 13 Uhr.

Alle ehemaligen Versicherten werden gebeten, ihre Versicherungsunterlagen soweit vorhanden mitzubringen. Auch wenn keine Unterlagen mehr im Besitz sind, ist die Registrierung zweckmäßig, da ein großer Teil der Versichertenkarteien gerettet werden konnte.

Das „Berliner Wohnungswerk“, die Baugenossenschaft der Heimatvertriebenen in Berlin, ist bemüht, mit dem Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen zusammen neuen Wohnraum für Heimatvertriebene im Programm des Sozialen Wohnungsbaues zu schaffen.

Beratung von Interessenten erfolgt in den Sprechstunden des „Berliner Wohnungswerkes“ am Dienstag und Freitag jeder Woche von 17 - 20 Uhr im „Haus der ostdeutschen Heimat“, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83.

Alle Vertriebenen, die in der Taschentuchfabrikation Kenntnis haben, werden gebeten, sich bei den OSTDEUTSCHEN NACHRICHTEN, „Haus der ostdeutschen Heimat“, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83, schriftlich, unter Angabe der früheren Tätigkeit, zu melden. Es besteht die Möglichkeit, dass sie in ihrem alten Beruf wieder Arbeit finden.

Heimatvertriebene Glasermeister werden gebeten, sich schriftlich an die „OSTDEUTSCHEN NACHRICHTEN“, im „Haus der ostdeutschen Heimat“, zu wenden. Diese Meldungen werden an die Betreuungsstelle vertriebener Glasermeister in Hiddesen bei Detmold, Friedrich-Ebert-Str. 30, weitergegeben, weil dort die Möglichkeit einer Stellenvermittlung besteht.

Im Rahmen des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten werden die Vermögen der früheren Großbanken mit Aktiven und Passiven auf neu zu errichtende Kreditinstitute (Nachfolgeinstitute) übertragen. Es wird beabsichtigt, die früheren Bankangestellten und Pensionäre einzuschalten. Es kommen Bankangestellte der ehemaligen Deutschen Bank, der Dresdener Bank und der Commerzbank in Frage. Meldungen an die Geschäftsstelle des BLV, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83.

Alle gehörlosen Heimatvertriebenen treffen sich am Sonnabend, dem 29. November 1952, im „Haus der ostdeutschen Heimat“, Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83.

Rest der Seite: Werbung

Seite 5 Franz Sikora – einer von uns

Wenn wir uns heute mit dem oberschlesischen Maler Franz Sikora beschäftigen, dann nicht etwa, weil seine Heimat auch die unsere ist, sondern weil er ein weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannter Künstler ist.

Sikora hat eine ganz eigene Art, in Bildern zu sprechen, den Beschauer vor Probleme zu stellen, ihn zu fesseln. Selbst ein kleines Aquarell von ihm, das nichts weiter zeigt, als ein paar zerrissene, ausgetretene Schuhe, ist so ausdrucksstark, dass es die ganze Geschichte des unbekannteren Trägers zu erzählen scheint. Als Meister der Porträtmalerei, einer besonders schwierigen, nur von wenigen gemeisterten Kunst, hat er Kumpels und Direktoren, Frauen und Bettler gemalt. Sikoras starkes Einfühlungsvermögen in den anderen Menschen, in dessen persönliche Eigenarten, ferner die gute Verteilung von Licht und Schatten, und besonders volle Farben haben Bildwerke ganz eigener Lebendigkeit entstehen lassen.



Sikora, Land unterm Kreuz

Besondere Anerkennung fanden seine Werke in Holland und Belgien, und die durch ihn im Jahre 1928 ins Leben gerufene „Kattowitzer Künstlergruppe“ trug viel dazu bei, die deutsche Kunst auch in den Polen zugefallenen deutschen Landesteilen lebendig zu erhalten. Innerhalb dieser, von ihm geschaffenen Künstlergruppe, war Franz Sikora nicht nur der wohl Begabteste, sondern auch einer der aktivsten. Die Bilder aus dieser Zeit, vorwiegend oberschlesische Landschaften, offenbaren seine durchaus bodenständige, aber dennoch tiefgründige Kunst, die durch die Problematik der Themen zu besonderer Geltung kommt.

Ein paar Worte zu dem Lebenslauf des Künstlers: Franz Sikora wurde in Lipine, Kreis Beuthen, als Sohn eines Hüttenmeisters geboren und wuchs mit neun Geschwistern auf. Nach dem ersten Weltkrieg, in dem er schwer verwundet wurde, führten ihn Studienreisen nach Holland, Wien und Paris. Die Katastrophe des zweiten Weltkrieges verschlug ihn Anfang 1945 nach Jena, 1950 flüchtete er nach Berlin.

Als die Polen 1945 in seinem Heimatort einzogen, galt ihre erste Sorge der Sicherstellung sämtlicher Arbeiten Sikoras, deren sie habhaft werden konnten. Eine Spezialabteilung verlor sorgfältig jedes Gemälde, jede einzelne Skizze. Fast alle seine früheren Bilder, etwa 300 Ölgemälde und Aquarelle, zahllose Skizzen und Zeichnungen, sind dem Künstler dort geraubt worden. Man wusste in Polen, wer Franz Sikora war. Schon lange Zeit vor dem Kriege hatte man ihm Angebote gemacht, Pole zu werden, mit unwahrscheinlich hohen finanziellen Versprechungen. Er blieb Deutscher.

Die Resonanz jedoch, die seinem Können zustehen sollte, die hat er hier in Berlin noch nicht gefunden. Sollte es unmöglich sein, eine Sikora-Ausstellung in Berlin zustande zu bringen? Sollte es daran liegen, dass er dem Surrealismus so ablehnend gegenübersteht? Gibt es in Westberlin keine Verdienstmöglichkeit für einen solchen Künstler. H. Go.

Seite 5 Wann kehren unsere Kriegsgefangenen heim?

Wann endlich wird die Stunde der Freiheit schlagen? So fragen noch heute — sieben Jahre nach Kriegsende — Millionen deutscher Männer und Frauen, die als Gefangene, Verschleppte und „Kriegsverbrecher“ hinter Stacheldraht einem ungewissen Schicksal entgegen leben. Dürfen wir sie vergessen? Dürfen wir an ihrem Schicksal teilnahmslos vorübergehen? Nein, und abermals nein! Als am Abend des 19. Oktober die Glocken der deutschen Dome die „Woche der Treue“, die Kriegsgefangenen-Woche, einläuteten, da sollten und wollten sie alle die Lauen im Lande aufrütteln, sie daran erinnern, dass noch immer unzählige deutsche Brüder und Schwestern den Tag der Befreiung ersehnen, und dass ihr Schicksal mit unserem eigenen eng verknüpft ist.

Gerade wir Heimatvertriebenen, die wir selbst durch Jahre der Not und des Elends gegangen sind, werden uns immer den noch Gefangenen besonders eng verbunden fühlen. Wir haben selbst erfahren, was es heißt, Heimat, Haus und Hof entbehren zu müssen.

Worum geht es denn? Es ist doch nicht damit getan, dass man Gedenkfeiern veranstaltet. Die Angehörigen, vor allem die Mütter und Frauen, werden sowieso niemals die immer noch nicht Heimgekehrten vergessen. Aber unser ganzes Volk muss sich endlich darüber klar werden, dass die Beendigung dieses schreienden Unrechts eine Ehrensache des ganzen Volkes ist. Wir müssen der Welt immer wieder zurufen und einhämmern, dass von einer Gleichberechtigung des deutschen Volkes so lange keine Rede sein kann, wie diese brennende Frage der Kriegsgefangenen und Verschleppten nicht bereinigt ist!

Aber darüber hinaus müssen wir auch den Gefangenen selbst in ihrer seelischen und körperlichen Not Stärkung und Zuversicht geben. Nachrichten und Päckchen können sichtbare Zeugen dieser engen Verbundenheit sein. Und die Fürsorge für die Angehörigen der Gefangenen wird diesen manche seelische Sorgen vom Herzen nehmen. Wer selbst jahrelang als Kriegsgefangener hinter Stacheldraht im fernen Osten gesessen hat, der weiß am besten, mit welcher Sehnsucht, mit welcher Freude jedes kleinste Lebenszeichen aus der Heimat begrüßt wird.

Die „Woche der Treue“, die vom 20. bis 26. Oktober im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin stattfand, sollte das mahnende Gewissen gegen Gleichgültigkeit und Gewöhnung, gegen Teilnahmslosigkeit und Vergessen sein. Sie hat diesen Zweck zweifellos erfüllt, und ihr fordernder Ruf wird auch im Ausland gehört und verstanden worden sein.

Die Kundgebungen in Westberlin haben im Besonderen eindringlich gezeigt, dass man hier, wo Not und Elend der Gefangenen und Vertriebenen täglich besonders sinnfällig in Erscheinung treten, sehr wohl weiß, wie schwer das Schicksal der auf ihre Heimkehr Wartenden ist. Die Beteiligung der gesamten Bevölkerung, die Eintragungen in die ausgelegten „Treue-Listen“, der eindrucksvolle Schweigemarsch zum Mahnmal auf dem Kreuzberg und die dort veranstaltete Schlusskundgebung waren beredtes Bekenntnis zu gemeinsamem Schicksal.

Die Heimatvertriebenen in Berlin haben hierbei nicht abseits gestanden. Als äußeres Kennzeichen ihrer engen Verbundenheit mit allen in Gefangenschaft und Verbannung Schmachtenden wehten in der Kriegsgefangenen-Gedenkwoche am Haus der ostdeutschen Heimat die trauerumflorten Fahnen unserer ostdeutschen Heimat. Md.

Rest der Seite: Werbung

Seite 6 Wir suchen

Melker, Karl Weiß, geb. 25. September 1898 in Wesselbruk, Kreis Pr.-Eylau, früher wohnhaft in Bieberswalde, Kreis Osterode, später Magergut bei Brückendorf, Kreis Neidenburg, Ostpreußen

Friedrich Danilowski, aus Osterode, Ostpreußen, Schillerstr. 8, vermisst seit 1945.

Die Kinder, **Schmolla**, früher Osterode, Ostpreußen, Wilhelmstraße, suchen ihre Eltern.

Wer kann Auskunft geben über **Wilhelm Schwanke**, Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, Ostpreußen.

Gesucht wird **Anneliese Beckherrn**, aus Königsberg, Ostpreußen, etwa 40 Jahre alt, Eltern haben in Königsberg gewohnt, Vater pensionierter Militär.

Landwirt, Alfred Dargel, geb. am 21. Dezember 1921 in Rosengart, Kreis Heilsberg, Ostpreußen.

Meldungen sind an die Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83, zu richten.

Seite 6 Unsere Toten

Am 5. Oktober 1952, verstarb unser Mitglied **Franz Jeschinak**, geb. am 19. Februar 1863 in Monethen, Kreis Johannisburg, Ostpreußen. Er folgte seiner **Frau Amalie Jeschinak, geb. Joswig**, die von Feindeshand 1945 umgebracht worden ist, sowie seinem **Enkel, der 1941 gefallen ist**. Er wohnte bei seinen **Kindern Johann Jeschinak und Minna Jeschinak**, Berlin-Wilmersdorf, Bregenzer Straße 3. Trotz seines hohen Alters besuchte er öfter Kreistreffen seines Heimatkreises.

Am 22. Oktober 1952 verstarb unsere Landsmännin **Elisa Schiller, geb. Becker**, geboren am 01.05.1871, früher wohnhaft Ortelsburg (Ostpreußen). Sie wohnte bei ihrer **Tochter, Frau Bukowski**, Berlin-Reinickendorf, Mickestraße 2.

Seite 6 Tilsiter feiern vierhundertjähriges Bestehen

Aus der Chronik der alten deutschen Stadt von E. Gaedtko

Anlässlich der 400-Jahrfeier für die Stadt Tilsit, die die Berliner Tilsiter am 2. November feiern, bringen wir eine Darstellung der Tilsiter Stadtchronik.

Die Stadt verdankt ihr Dasein strategischen Erwägungen des Deutschen Ritterordens. Dieser erwartete seit der Verheiratung des Großfürsten Jagello von Litauen mit Königin Hedwig von Polen einen polnisch-litauischen Ansturm und vermutete ihn aus dem Nordosten kommend, also auf die Landschaft Schalauen treffend. Die 1289 begründete Burg Landeshut, später Burg Ragnit genannt, wurde mehrmals während der andauernden Kämpfe des Ordens gegen die Litauer zerstört, aber jedes Mal wieder stärker aufgebaut. Trotzdem erschien dem Orden die Burg Ragnit zum Schutz der Memel-Übergänge nicht ausreichend. So entschied man sich unter den Hochmeistern Konrad und Ulrich von Jungingen ein „Neues Haus“ am Einfluss der Tilsete in die Memel zu errichten. Die Burg „Neuhaus“ wurde 1407 bis 1409 erbaut und bald nach dem Bach und der Landschaft Schloss Tilse genannt. Tilse hieß auch der spätere Marktflecken und die Stadt bis 1850. Der gefürchtete große Krieg war gekommen, doch nicht längs der Memel, sondern über die ungeschützte Südgrenze war der Ansturm erfolgt. Schloss Tilsit schien diesmal vom Kriege unberührt geblieben zu sein. Da fielen 1412 trotz des bereits geschlossenen Friedens die Szameiten in Schalauen ein, dabei wurde das Schloss Tilsit durchbrannt, teilweise zerstört. Als 1422 durch den Frieden am Mellnowsee die Grenze zwischen Preußen und Litauen endgültig festgesetzt wurde, bahnte sich nach mehr als einem Jahrhundert andauernder Kämpfe mit dem benachbarten Litauen ein normal nachbarlicher Verkehr an. Nach Wiederinstandsetzung des Schlosses Tilsit siedelten sich im Schutze desselben deutsche Gewerbetreibende Siedler an, aber erst um das Jahr 1500 der erste Krüger (Georg Brendel). Dieser erste, alte Krug hatte damals eine volkswirtschaftlich wesentliche Bedeutung, weil er zugleich Markt- und Handelszentrale war und der Inhaber ein gewandter Kaufmann sein musste. Als der letzte Ordenshochmeister, Markgraf Albrecht v. Brandenburg, späterer Herzog von Preußen, Tilsit besuchte, fand er die Siedlung bei einer brauchbaren Memel-Auffahrt geeignet zur Schaffung eines Markt- und Handelsplatzes und begründete ihn planmäßig, indem er 2 Hauptstraßen, die Deutsche Straße und die Querstraße (die heutige Packhofstraße) und deren Breite festsetzte und dem Flecken Marktrecht gab. Nachdem nun einmal die verkehrsgünstige Lage Tilsits entdeckt war, entwickelte sich der Marktflecken für die damalige Zeit überraschend schnell, so dass Herzog Albrecht Tilsit entsprechend seiner Bedeutung als Marktort unterm 2. November 1552 Stadt- und Handelsgerechtes gab und ein Stadtwappen verlieh. Gebieter über die Stadt waren wie zuvor die Amtshauptleute, die ihren Sitz im Schloss hatten. Die bequemste Verkehrs- und Handelsstraße bildete die Memel und ihre Mündungsarme. Aber das Handelsrecht war nur ein beschränktes, das die Stadt bekam. So durften Waren stromabwärts zunächst nur nach Königsberg geführt werden. Trotzdem aber wurde Tilsit fortan ein wichtiger Handelsplatz, denn von Danzig und Königsberg die Memel herauf kamen und wurden in Tilsit gespeichert oder nach Litauen geführt: Salz, Heringe, Tuche, Seidenzeuge, Eisen und Kramwaren. Aus Litauen brachten die Frachtkähne: Hanf, Holz, Getreide, Leinensaat, Talg, Nüsse, Honig, Pottasche, Felle und Flachsbreche. Eine Brücke über die Memel gab es noch nicht, den Verkehr zwischen beiden Memel-Ufern vermittelte eine Amts- und eine Stadtfähre. Noch waren die Straßen der Stadt nicht gepflastert und die meisten Wohngebäude waren Füllholzbauten mit Strohdach und Schindeldächern. Markgraf Georg Friedrich begründete 1586 in Tilsit eine Lateinschule, späteres Gymnasium — 2 Elementarschulen bestanden bereits — die auf die 1544 in Königsberg gegründete Universität vorbereiten sollte. Im Jahre 1562 wurde der Tilsetebach zum Teich (heutiger Mühlenteich) aufgestaut, wodurch das Stadtbild eine wesentliche Veränderung erfuhr.

Tilsit hatte schon in der vorreformatorischen Zeit eine Kirche, an derselben Stelle wurde die Deutsche Ordenskirche erbaut und am 16. Juli 1610 eingeweiht. Der Turmhelm wurde 1696 bis 1699 hinzugefügt. Am 11. Juli 1699 konnten Knopf und Fahne mit dem Kurbrandenburgischen Adler verziert, aufgebracht werden. Der Turm, dessen oberer Teil auf 8 Kugeln ruht, bildet seither Tilsits Wahrzeichen. Beim Schwedeneinfall in Ostpreußen im Jahre 1678 wurde Tilsit besetzt und auf der Westseite von den Schweden durch Errichtung von Wall und Graben vom Teich bis zur Memel befestigt. Angstvolle Tage durchlebte damals in der Schwedenzeit die Stadt. Als durch den berühmten Winterfeldzug des Großen Kurfürsten die Schweden am 30. Januar 1679 fluchtartig Tilsit räumen mussten, war die Stadt gerettet. Den schwedischen Schlosshauptleuten in Tilsit und Ragnit schenkte der Große Kurfürst nach ihrer Kapitulation die Freiheit. Sie hatten die beiden Städte vor schwedischer Brandschatzung bewahrt. Der Kurfürst verlieh der Stadt Tilsit auch freies, also unbeschränktes Handelsrecht. Dazu folgten segensreiche Friedensjahre. Der Wohlstand der Stadt hob sich darob bedeutend. Dieser Umstand kam im Stadtbild zum Ausdruck. Die Stadt begann ihre Straßen zu pflastern und die Deutsche Straße gestaltete sich durch entstehende Barockbauten zur repräsentativsten Straße der Stadt. Langsam wuchs in allen Straßen die Zahl der ziegelgefachten oder gar völlig in Mauersteinen hergestellten, mit Dachziegeln gedeckte Wohngebäude. Wohlhabende Bürger begründeten zahlreiche wohltätige Stiftungen. Die Stadt wurde in Ostpreußen in die Städte erster Klasse eingefügt und durfte als solche 12 Mitglieder (Ratsherren) im Magistrat haben. Die Befugnisse der Schlosshauptleute waren nach und nach auf den Magistrat übergegangen. Tilsit hatte um das Jahr 1700 rund 5000 Einwohner. Kurfürst Friedrich Wilhelm III. ordnete im Jahr 1698 ein dem Hofpostamt in Berlin unterstelltes Postamt Tilsit an, dass von einem Postmeister verwaltet wurde. Unterbrochen wurde das Emporblühen der Stadt im September 1709 durch den „schwarzen Tod“, der Tilsit trotz aller Vorsichts- und Absperrmaßnahmen heimsuchte. Erst im Oktober 1710 räumte die Pest den Schauplatz. Etwa die Hälfte aller Einwohner waren ihr zum Opfer gefallen. Als erste Maßnahme zur Erholung der Stadt legte 1716 der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. 700 Reiter in Garnison (als nachmaliges Dragonerregiment Nr. 1) bekannt.

Fortsetzung folgt

Seite 6 Unser ostpreußischer Kirchentag

Seit 1946 ist es schon Brauch, dass der ostpreußische Bruderrat jährlich einmal die Glieder unserer Heimatkirche zu einem Kirchentag einladet. Die ostpreußischen Gottesdienste und Kirchentage waren die ersten Gelegenheiten, wo nach der Katastrophe sich die Menschen der Heimat wieder zusammenfanden.

Wir wollen Zeugnis ablegen, dass in einer Zeit, da alles uns genommen wurde und zerbrach, unser Christenglaube uns letzter Halt gewesen ist. Wir haben es erlebt, dass der Herr eine Feste zur Zeit der Not ist. Das waren die Gedanken, die auf unserem Kirchentag im Johannesstift, Kirchenrat Lokies, ein alter Ostpreuße, in seinem Vortrag über „Christliche Erziehung“ unterstrich. Die Frage, wie unsere Kinder durch teuren Väterglauben für das Leben festgemacht werden, darf ja keinen, der mit Kindern zu tun hat, loslassen. Oder da legte uns Pfarrer George in der Andacht das große Kapitel aus der Bergpredigt vom Sorgen aus. Da stellte uns weiter Propst Hildebrandt in das große kirchliche Leben hinein. Aus eigenem Erleben sprach er über den Stuttgarter Kirchentag und die Synode in Elbingerode, von der er direkt gekommen war. Als das Bemerkenswerteste an dieser Deutsch-Evangelischen Synode in der Sowjetzone bezeichnete er die große Teilnahme der Gemeinde. In dem kleinen Harz-Dorf sammelten sich zu den öffentlichen Sitzungen, Andachten und Gottesdiensten immer etwa 1000 Menschen. Wir Ostpreußen in Berlin müssen an der Arbeit unseres alten Königsberger Diakonissenhauses der Barmherzigkeit besonders Anteil nehmen, weil es hier in Nikolassee, Kirchweg 53, wieder eine neue Heimat gefunden hat. Der neue Vorsteher, Pfarrer Kaufmann, sprach über die Arbeit der Schwestern, die ganz auf dem Opfer beruht. Junge Mädchen, die zu diesem Dienst Freude haben, können sich jederzeit in Nikolassee melden. Der Kirchentag begann mit einem Rüstgottesdienst in der Kirche in Nikolassee und endete mit einem Abendmahlsgottesdienst in der Stiftskirche des Johannesstiftes. Möchte er den etwa 600 Teilnehmern aus dem Osten und Westen viel Kraft und Stärkung gegeben haben. Pfarrer Moritz

Seite 6 Die Lötzener in Berlin vergessen ihre Heimat nicht

Im Oktober feierte der Heimatkreis Lötzen in sämtlichen überfüllten Räumen der „Kottbusser Klausur“ in Berlin, mit seinen zahlreichen Berliner Freunden, ein wohlgelungenes Erntedankfest.

Im blumengeschmückten Saal prangte eine Erntekrone, unter der ein Gabentisch mit den Früchten des Feldes aufgebaut war. Zu Beginn wurde gemeinsam das Ostpreußenlied gesungen und alle Gedanken wanderten in die Heimat zurück. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, Landsmann Krause, leitete unser kleiner Lötzener Chor mit dem ostpreußischen Erntelied: „Mit lautem

Jubel bringen wir den schönsten Erntekranz" die Feierstunde ein. Der 2. Vorsitzende, Landsmann Fürstenau, hielt dann die Festansprache. Er erinnerte an das letzte Erntefest in unserer unvergesslichen Heimat und sprach über den Wert des ostpreußischen Bauern für uns und für unser ganzes Vaterland. Einige Zahlen führten uns vor Augen, wie groß unser Verlust gewesen ist, und er sprach die Hoffnung aus, dass die Not ein Ende finden möge, und dass bald wieder ostpreußische Bauern in der Heimerde säen und ernten können. Hierauf las Landsmännin Roßbach das „Erntelied der Deutschen" mit dem Schwur: „Deutsche Erde, wir halten treu deine Hut". — Feierlich erklang der Choral „Nun danket alle Gott", der von allen Anwesenden, tief beeindruckt stehend, gesungen wurde.

Nach einer kurzen Pause fand eine Rätselstunde unter dem Motto: „Kennst du deine Heimat, dann rate mit" statt.

Es war ein Tag, der viele Herzen wieder einmal froh und dankbar machte. G. Rossbach

Seite 6 Ostmüller sollen sich melden

VK. Der „Verband der früheren Ostmühlen e. V." fordert alle ehemaligen selbständigen Mühlenbesitzer und Pächter auf, ihre Personalien (Name, Geburtstag, jetzige Anschrift, ehemalige Anschrift in den Ostgebieten) dem Verband an seine Geschäftsstelle in Sinnzig a. Rhein mitzuteilen. Wegen der anlaufenden Eingliederung der Heimatvertriebenen-Wirtschaft ist auch die Erfassung aller ostdeutschen Müller dringend erforderlich.

Seite 6 Heimatvertriebene Landwirte können gehen

VK. Dr. Herbert Studders, ein führendes Mitglied des Bundesverbandes der deutschen Industrie, überraschte auf einer Pressekonferenz mit der Erklärung, dass gegen die Auswanderung landwirtschaftlicher Flüchtlinge, vor allem früherer selbständiger Landwirte wenig einzuwenden sei. Nach der Auffassung Dr. Studders könnten die heimatvertriebenen Bauern entgegen den Facharbeitern ihr Brot auch im Ausland finden. Für die Stärkung des europäischen Wirtschaftspotentials sind nach seiner Auffassung nur Industriearbeiter notwendig!

Seite 6 Wo treffen sich die Ostpreußen?

Landsmannschaft Ostpreußen (Bund der Vertriebenen Ostpreußen), Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, Tel. 92 01 91

Heimatkreis Tilsit/Tilsit-Ragnit/Elchniederung/Memel

02.11.1952, 16.00 Uhr, Feier des 400. Stadtjubiläums der Heimatstadt Tilsit. Lokal: Schloßrestaurant, Berlin-Tegel, Karolinenstraße 12. Einlass nur gegen Eintrittskarten, die im Vorverkauf zu 1,-- DM für Mitglieder und 1,50 DM für Gäste ausgegeben werden und noch in beschränktem Umfange erhältlich sind bei E. Gaedtke, Berlin-Schöneberg, Kolonnenstraße 18, E. Mühlich, Berlin-Tegel, Bahnhofstraße 12, O. Didlapp, Berlin-Haselhorst, Gartenfelder Str. 124g.

Heimatkreis Gumbinnen

02.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen und Lichtbildervortrag: Stadt und Kreis Gumbinnen (Kreisvertreter Kunze und Landsmann Gebauer aus der Bundesrepublik). Lokal: Parkrestaurant Südende, Steglitzer Straße 14 - 16.

Heimatkreis Rastenburg

02.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Klubhaus Fehrbelliner Platz, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 185, S-Bahn Hohenzollerndamm.

Heimatkreis Sensburg

02.11.1952, 16.30 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Inselkrug, Inh. E. Manier, Berlin-Schöneberg, Gustav-Müller-Straße 8.

Heimatkreis Ortelsburg

02.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Zur bunten Laterne, Berlin-Schöneberg, Belziger Straße 60.

Heimatkreis Lyck

02.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Masovia, Inh. Karl Lange, Berlin SW 29, Bergmannstraße 52. U-Bahn Südsterne.

Heimatkreis Treuburg

02.11.1952, 15.30 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Domklausen, Fehrbelliner Platz 2, U-Bahn Fehrbelliner Platz.

Heimatkreis Braunsberg

02.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Tusculum, Berlin-Tempelhof, Tempelhofer Damm 146, S- und U-Bahn Tempelhof.

Heimatkreis Königsberg Pr., Bezirk Steglitz-Friedenau-Zehlendorf

03.11.1952, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Zum Storch, Berlin-Steglitz, Muthesiusstraße, Ecke Rothenburgstraße.

Heimatkreis Pillkallen/Stallupönen

08.11.1952, 18.30 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal: Vereinshaus Heumann, Berlin N65 (Wedding), Nordufer 15, S-Bahn Putlitzstraße, Omnibus A 16.

Heimatkreis Bartenstein

08.11.1952, 17.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Casino, Schöneberg, Monumentenstraße 34, S-Bahn Großgörschenstraße und Yorckstraße, U-Bahn Bülowstraße.

Heimatkreis Johannsburg

09.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Maslowski, Berlin-Schöneberg, Vorbergstraße 11.

Heimatkreis Heiligenbeil/Pr. Eylau

09.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Klubhaus am Fehrbelliner Platz, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 185.

Heimatkreis Osterode-Neidenburg

09.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Sportfeldklausen, Am Reichssportfeld, Reichssportfeldstraße 23, S-Bahn Reichssportfeld.

Heimatkreis Lötzen

09.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Kottbusser Klausen, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 90, U-Bahn Kottbusser Damm, Straßenbahn 3 bis Hermannplatz.

Heimatkreis Insterburg

16.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Parkrestaurant Südende, Mariendorfer Straße 72.

Heimatkreis Goldap-Darkehmen

16.11.1952, 14.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Zum Hähnlerl, Berlin-Friedenau, Hauptstraße 70, S- u. U-Bahn Innsbrucker Platz.

Heimatkreis Wehlau

16.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Ida Finger, Berlin-Tempelhof, Alt-Tempelhof 46, S- und U-Bahn Tempelhof, Straßenbahn 6 und 99.

Heimatkreis Königsberg Pr., Bezirk Wilmersdorf

22.11.1952, 19.00 Uhr, Bezirkstreffen. Lokal: Paretzer Höhe, Berlin-Wilmersdorf, Paretzer Straße 15.

Heimatkreis Allenstein

30.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Boehnkes Festsäle, Berlin-Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße 41 - 45.

Heimatkreis Angerburg

30.11.1952, 15.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Kindl Sporthalle, kleiner Saal, links, Berlin SW 29, Hasenheide 28 - 32, Straßenbahn 3 bis Hermannplatz, U-Bahn Hermannplatz.

Heimatkreis Gumbinnen

30.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Parkrestaurant, Südende, Steglitzer Straße Nr. 14 -1 6.

Heimatkreis Heilsberg-Rössel

30.11.1952, 16.00 Uhr, Kreistreffen. Lokal: Brauhaussäle, Berlin - Schöneberg, Badensche Straße 52,
U-Bahn Rathaus Schöneberg, Straßenbahn 5, 25, Bus A 16.